Region ist abhängig von ausländischen Ärzten

Mehrheit kommt aus Deutschland Über ein Drittel der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte in Basel-Stadt und Baselland hat ein ausländisches Diplom. Tendenz weiter steigend.

Oliver Sterchi

Sie kommen hauptsächlich aus Deutschland, aus Österreich, Italien, aber auch Rumänien, Polen oder Ungarn: Über ein Drittel der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte in der Region Basel stammt aus dem Ausland. Sie arbeiten sowohl ambulant in Arztpraxen als auch stationär in den Spitälern. Ohne diese Fachkräfte würde das hiesige Gesundheitssystem wohl kollabieren: Die Schweiz bildet bei weitem nicht genug ärztliches Personal aus, um die Nachfrage in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu decken.

Dass gerade das Gesundheitssystem unter einem akuten Fachkräftemangel leidet, ist keine neue Erkenntnis. Doch die kritische Lage akzentuiert sich: Das Beratungsunternehmen PWC prognostiziert, dass der Schweiz bis im Jahr 2040 rund 5500 Ärztinnen und Ärzte fehlen werden. Gesamthaft gibt es aktuell rund 41'000 Ärzte im Land. Die Babyboomer-Generation, die nun in Pension geht, hinterlässt zunehmend grosse Lücken im Versorgungsnetz – Lücken, welche die ausländischen Ärztinnen und Ärzte zumindest teilweise füllen.

Abwanderung aus Osteuropa

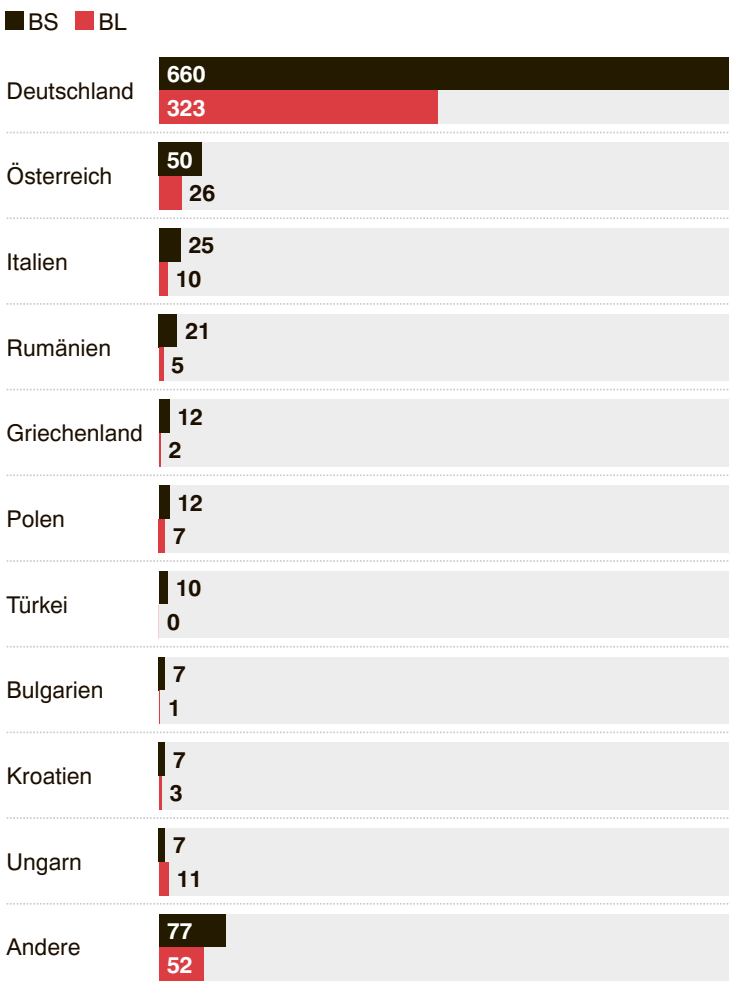
Eine Auswertung, die die Schweizerische Ärztevereinigung FMH für diese Redaktion vorgenommen hat, zeigt für die Region eine klare Tendenz: Sowohl in Basel-Stadt wie auch in Baselland hat der Anteil der ausländischen Ärzte von 2013 bis 2023 signifikant zugenommen, in der Stadt von rund 31 auf 41 Prozent, in der Landschaft von etwa 25 auf 35 Prozent.

Über das ganze Land gesehen betrug der Ausländeranteil im Jahr 2023 bei den Ärzten 40 Prozent. Die Zahlen für 2024 sind noch nicht verfügbar, dürften aber wiederum eine Zunahme verzeichnen.

In absoluten Zahlen arbeiteten 2023 in Basel-Stadt 888 ausländische Ärzte, in Baselland 440. Die FMH-Statistik weist die Inhaber ausländischer Arztdiplome aus, also Personen, die ihr Medizinstudium inklusive Staatsexamen im Ausland absolviert haben und in die Schweiz gekommen sind, um hier zu arbeiten. Ausländer, die in der Schweiz studiert haben, sind in dieser Statistik nicht erfasst.

Die meisten kommen aus Deutschland

Anzahl Ärztinnen und Ärzte mit ausländischem Arztdiplom, nach Herkunftsland, 2023



Grafik: vif / Quelle: FMH

Vertrauter Anblick: Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland. Foto: Silas Zindel

In der Stadt arbeitet der Grossteil dieser Personen im Spitalsektor (496 gegenüber 368 im Praxissektor), im Baselbiet ist es umgekehrt (235 im Praxissektor, 196 in einem Spital). Ein Grund dafür könnte sein, dass es in der Stadt mit dem Unispital Basel einen grossen, auch international bedeutenden Ausbildungs- und Forschungsstandort gibt.

Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Ärztinnen und Ärzte kommt aus Deutschland. Auf Platz zwei folgt Österreich. In beiden Fällen dürfte die deutsche Sprache eine Rolle spielen, die einen «Markteintritt» in der Deutschschweiz vergleichsweise einfach macht. Auffällig ist zudem, dass die FMH-Statistik trotz der geografischen Nähe keine Personen aus Frankreich verzeichnet, dafür einige aus Italien.

Auch aus Ostmittel- und Südosteuropa gibt es eine Abwanderung in die Region: Rumänien, Polen, Ungarn, Bulgarien und Kroatien fungieren ebenfalls in den Top Ten der Herkunftsländer. Hinzu kommen Griechenland und die Türkei, das als einziges Nicht-EU-Land in den Top Ten aufscheint, allerdings «nur» mit zehn Ärzten in Basel-Stadt und keinem einzigen in Baselland.

Medizin-Studienplatz kostet 600'000 Franken

Der anhaltend hohen Abhängigkeit von ausländischen Ärztinnen und Ärzten steht die begrenzte Anzahl Studienplätze für Humanmedizin in der Schweiz gegenüber. Das Bundesparlament hat zwar im letzten Herbst beschlossen, den Numerus clausus als Eintrittsschranke für das Medizinstudium aufzuheben, doch das bedeutet noch nicht, dass nun effektiv mehr Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet werden. «Ob der Numerus clausus Bestand hat oder nicht, ist für diese Frage eigentlich unerheblich», sagt die Basler SP-Nationalrätin und Gesundheitspolitikerin Sarah Wyss.

Denn: Medizin-Studienplätze sind teuer. Das sechsjährige Studium an einer Schweizer Uni kostet über 600'000 Franken pro ausgebildete Person, wovon nur ein winziger Bruchteil via Studiengebühren gedeckt ist. Den allergrössten Teil bezahlt die öffentliche Hand, vor allem die Universitätskantone. Ausserdem bräuchte es mehr Praktikums- und Assistenzstellen in den Spitälern, wenn man mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden wollte. Auch das kostet.

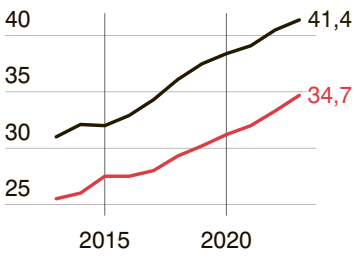
Kurzum: Für eine Erhöhung der Zahl der Studien- und Weiterbildungsplätze müssten Universitäten, Kantone und Bund erhebliche Mittel aufwenden. Das ist auch bereits geschehen: Der Bund hat in den Jahren 2016 bis 2025 eine Erhöhung der Studienplätze mit 100 Millionen Franken gefördert. Die Anzahl abgeschlossener Masterdiplome hat sich seither von 882 (2016) auf 1164 (Stand 2022) pro Jahr erhöht.

Allerdings bewerben sich immer noch rund viermal so viele Personen auf einen Studienplatz in Medizin, wie es Kapazitäten gäbe. Deshalb gibt es weiterhin Zugangsbeschränkungen oder – wie in der Romandie – eine harte Selektion in den Abschlussprüfungen nach dem ersten Studienjahr.

Nationalrätin Wyss fordert deshalb ein stärkeres Engagement der Nicht-Universitätskantone bei der Finanzierung der Studienplätze. Der Bund müsse diese entsprechend in die Pflicht nehmen. «Es braucht einen gemeinsamen Effort aller Kantone und auch des Bundes, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und die ärztliche Versorgung längerfristig sicherzustellen», sagt die Sozialdemokratin. Einen Vorstoss von Wyss für eine Eidgenössische Medizinische Hochschule analog zur ETH hatten die eidgenössischen Räte abgelehnt. Die Baslerin überlegt sich gleichwohl, in der Sache noch einmal politisch aktiv zu werden.

Wachsende Abhängigkeit vom Ausland

Anteil ausländischer Ärzte, in Prozent



Grafik: vif / Quelle: FMH

Ärztemangel verschiebt sich weiter nach Osten

Denn es sei auch «unsolidarisch», ärztliches Personal aus anderen Ländern abzuwerben, die dann wiederum «ihre» Lücken stopfen müssten, so Wyss. Deutschland etwa rekrutiert inzwischen viele Ärztinnen und Ärzte nicht nur aus osteuropäischen EU-Ländern, sondern aus der Türkei, aus Ägypten, Tunesien oder Aserbaidschan. Polen holt das Personal wiederum aus Belarus oder der Ukraine, wo dann die Fachkräfte fehlen. Das Problem verlagert sich so einfach weiter nach Osten oder in den globalen Süden.

Für die Spitäler hingegen ist der Zugang zu ausländischen Bewerbern unerlässlich, um ihre Positionen zu besetzen. Das Kantonsspital Baselland etwa weitet seine Stellenausschreibungen neben den schweizerischen Plattformen «standardmässig» auf Deutschland aus, wie die Medienstelle auf Anfrage mitteilt. Durch das Teilen in den sozialen Medien wie etwa auf Linkedin sei die Reichweite zudem «zum Teil deutlich internationaler». Die meisten Bewerbungen erhalte man indes aus der Schweiz und aus Deutschland.

Wie man es dreht und wendet: An einer Ausweitung der Studienplätze führt wohl kein Weg vorbei, will die Schweiz bei der medizinischen Versorgung «autarker» werden.

«Manche Patienten sind froh, wenn jemand ihre Muttersprache spricht»

Bei dem hohen Anteil an ärztlichem Personal, das aus anderen Ländern zum Arbeiten in die Schweiz kommt, stellt sich die Frage, ob das nicht zuweilen zu sprachlichen oder interkulturellen Verständigungsproblemen führt. Schliesslich sind ein Spital oder eine Arztpraxis sensible Orte: Manche Patienten sind nervös oder gar gestresst. Vielleicht finden sie nicht immer die richtigen Worte, um ein Leiden präzis zu beschreiben. In diesen Fällen ist es der Arzt, der der Sache auf den Grund gehen muss. Aber was, wenn es bei der Kommunikation hapert, weil etwa die deutsche Ärztin Mühe hat mit der Oberbaselbieter Mundart der Patientin?

Das komme ihrer Erfahrung nach selten vor, sagt Melanie Eberhard. Die Basler SP-Grossrätin und Gesundheitspolitikerin ist Präsidentin der Patientenstelle Basel. Der Verein unterstützt Patientinnen und Patienten, etwa bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Ärzten oder Krankenkassen. «Wir machen die Erfahrung, dass es nicht die Ärztinnen und Ärzte sind, die ihre Patientinnen und Patienten nicht verstehen, sondern dass es gerade umgekehrt ist.» Es komme regelmässig vor, dass Patientinnen und Patienten die Prozesse im Gesundheitswesen nicht verstünden.

Eberhard betont, dass die Menschen, die sich an die Patientenstelle Basel wenden, oft «in herausfordernden Situationen» seien, «die unzufrieden mit ihrer Behandlung sind oder damit, wie es im Spital oder der Arztpraxis abgelaufen ist». Will heissen: Die Rückmeldungen, die Eberhard und ihr Team erhalten, haben einen Bias. Es beschweren sich die Unzufriedenen.

Dabei würden die meisten Arzt-Patienten-Kontakte völlig problemlos verlaufen. Auch gebe es Leute, die froh seien, wenn jemand im Spital oder in der Praxis ihre Muttersprache spreche, wenn sie selbst der deutschen Sprache nicht ganz so mächtig seien, sagt Eberhard.

Es geht ohne Mundartkurse

Ärzte aus dem Ausland, die in der Schweiz arbeiten wollen, müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Ihre Diplome, Fachausbildungen und Zusatzqualifikationen müssen vom Bund respektive von der eidgenössischen Medizinalberufekommission anerkannt werden. Auch müssen sie Sprachnachweise in einer Landessprache erbringen, in der Regel mindestens auf Niveau B2, was einem fortgeschrittenen Konversationsniveau entspricht.

Das Kantonsspital Baselland (KSBL) teilt auf eine entsprechende Anfrage mit, dass man darüber hinaus keine speziellen Sprach- oder gar Mundartkurse für die ausländischen Ärztinnen und Ärzte anbiete. «Allfällige Lücken werden in Eigeninitiative sowie ‹on the job› geschlossen.»

Zur Frage, ob es Patienten gebe, die Mühe damit hätten, von jemandem auf Hochdeutsch oder mit einem Akzent behandelt zu werden, schreibt das KSBL, dass diese Frage «nicht abschliessend beantwortet» werden könne. «Aufgrund unserer grossen Palette an Patientinnen und Patienten mit unterschiedlichsten Diagnosen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es vereinzelt Vorbehalte gibt», so die Medienstelle.

Etwas positiver klingt es beim Unispital Basel, dessen Ärzteschaft rund zur Hälfte aus dem Ausland stammt: Die Erfahrungen mit ausländischem Personal seien «positiv». Und weiter: «Die hochdeutsche Sprache ist in der Praxis selten ein Problem.»

Oliver Sterchi